

Presseerklärung vom 08.05.2023

Greenpeace Wuppertal fordert von Verkehrsminister Krischer Stopp des Planfeststellungsverfahrens L419

Schreiben an den Verkehrsminister und den Oberbürgermeister

Wuppertal, 08.05.2023 – Greenpeace Wuppertal wendet sich mit Schreiben an den Landesverkehrsminister Krischer (Grüne) und den Wuppertaler Oberbürgermeister Schneidewind. Das Land wird aufgefordert, das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau der L419 bei der Bezirksregierung Düsseldorf zu stoppen. Die Stadt Wuppertal wird aufgefordert, sich beim Land für einen Stopp des Ausbaus der L419 einzusetzen. Die vorgelegten Planungen sind mit den Klimazielen des Landes NRW und der Stadt Wuppertal nicht vereinbar, können das gewünschte Ziel der Stauvermeidung durch eine „Engpassbeseitigung“ nach den vorliegenden Planfeststellungsunterlagen und den Fakten zu Untersuchungen bisheriger Engpassbeseitigungen im Autobahnnetz mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht erreichen und verschlechtern den Nahverkehr, insbesondere auch den ÖPNV, von und nach Ronsdorf durch längere Fahrzeiten, lenken zusätzlich Investitionsmittel in die falsche Richtung und binden Personal, wodurch die nötige Mobilitätswende in Wuppertal behindert wird.

Das Land NRW will laut Klimaschutzgesetz¹ die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 65% und bis 2040 um 88% senken und 2045 Klimaneutralität erreichen. Die Landesregierung ist nach dem Gesetz verpflichtet, ihre Handlungsmöglichkeiten zu nutzen, um die landesweiten Klimaschutzziele nach § 3 insgesamt zu erreichen². Eine Verringerung der Treibhausgasemissionen in allen klimarelevanten Sektoren ist dafür notwendig. Deutschlandweit stammen 97 Prozent der Treibhausgasemissionen des Verkehrs 2020 aus dem Straßenverkehr. Das Klimaschutzgesetz des Bundes verlangt, die Jahresemissionsmenge des Verkehrs bundesweit bis 2030 auf 85 Millionen Tonnen abzusenken. 2045 soll die Klimaneutralität erreicht sein. Laut des Projektionsberichts 2021 für Deutschland ist es mit der aktuellen Politik im Verkehrssektor nicht möglich, diese Ziele zu erreichen. Selbst mit 15 Millionen reinen E-Autos würden die Klimaziele 2030 deutlich verfehlt.

„Die für den Klimaschutz nötige Mobilitätswende geht weit über eine Antriebswende hinaus. Sie erfordert ein Umsteuern auch in der Verkehrsplanung. Die ersten Planungsvorlagen für den Ausbau der L419 stammen aus den 1960er Jahren. Damals wusste man noch nicht viel vom Klimawandel. Aber heute weiß man es. Darum darf diese aus der Zeit gefallene Planung zum Ausbau der L419 nicht umgesetzt werden.“, erläutert Ralf Weyer von Greenpeace Wuppertal.

Die Stadt Wuppertal will bis 2035 Klimaneutralität erreichen und hat den Klimanotstand ausgerufen. Im Beschluss zum Klimanotstand heißt es: „Die Stadt Wuppertal fordert von der Bundes- und der Landesregierung, ihre Anstrengungen in allen Sektoren primär am Klimaschutz zu orientieren, um ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden.“ Im Zielkonzept für das Mobilitätskonzept Wuppertal wird eine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um –95% bis 2035 im Verkehr als Ziel genannt, ebenso die Reduzierung der Lärm- und Luftbelastung.

„Die zur Feststellung anstehende Planung des Ausbaus der L419 steht im eklatanten Widerspruch zu den jüngsten Beschlussfassungen der Stadt Wuppertal im Bereich

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG, KTO: 33401, BLZ 430 609 67 - IBAN DE49430609670000033401, BIC GENODEM1GLS
Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.

GREENPEACE
Wuppertal

Greenpeace Wuppertal, T 0175 91 48 218
Anschrift Döppersberg 20, 42103 Wuppertal
Internet presse@wuppertal.greenpeace.de, www.wuppertal.greenpeace.de

Klimaschutz und Mobilitätsentwicklung.“, so Ralf Weyer weiter. „Aufgrund dieser Beschlussfassung hat die Stadt sich selbst verpflichtet, von der Landesregierung zu fordern, ihre Anstrengungen in allen Sektoren primär am Klimaschutz zu orientieren. Wir erwarten, dass die Stadt das jetzt auch macht und beim Land wegen eines Stopps des Ausbaus der L419 vorstellig wird. Den Worten müssen auch Taten folgen.“

Sollte es zum Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau der L419 kommen, fordert Greenpeace Wuppertal das Land NRW hilfsweise auf, vom Baurecht keinen Gebrauch zu machen und das Projekt aus dem Landesbedarfsplan zu streichen.

1 https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_detail?sg=0&menu=1&bes_id=46232&anw_nr=2&aufgehoben=N&det_id=513326, 2.3.23

2 §4, 1 Klimaschutzgesetz NRW

Achtung Redaktionen:

Nähere Informationen erhalten Sie unter presse@wuppertal.greenpeace.de

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG, KTO: 33401, BLZ 430 609 67 - IBAN DE49430609670000033401, BIC GENODEM1GLS
Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabzugsfähig.